

Normen in den Vordergrund. Die Prinzipien seien heute so aktuell wie vor 50 Jahren, erklärte Wen: „Ein halbes Jahrhundert ist vergangen und diese Prinzipien erstrahlen immer noch in leuchtender Wahrheit“, so der Premier. Wen forderte eine stärkere Demokratisierung der internationalen Gemeinschaft sowie eine generelle Abkehr von Hegemonialbestrebungen. Kommentatoren werten dies als Versuch, China vor allem gegenüber anderen asiatischen Nationen als friedlichen und kooperativen Partner darzustellen. China werde niemals einen anderen Staat bedrohen, expansive Politik verfolgen oder nach Hegemonie trachten, versprach Wen in seiner Ansprache.

Die staatlichen Medien unterstützen die Darstellung der Volksrepublik als Friedensnation im Juni mit einer Reihe von Beiträgen. Die *Renmin Ribao* erklärte beispielsweise, China habe seit „antiker Zeit“ Frieden hoch geschätzt. In seiner 5.000-jährigen Geschichte habe das Land eine „Friedenskultur“ entwickelt. Derartige Verlautbarungen sind für Beobachter nicht neu. Ausländische Kommentatoren sind sich jedoch uneinig, ob die Versprechungen der parteistaatlichen Führung ernst zu nehmen sind, oder ob es sich dabei um reine Rhetorik handelt. (C.a., 2004/4, S.390-397; *The Economist*, 26.5.04; RMRB, 28.6.04, nach BBC PF, 29.6.04; Xinhua, 28.6.04, nach BBC PF, 29.6.04; mehrere Meldungen nach XNA, 28.6.04; ST, 29.6.04) -fs-

Innenpolitik

10 Tian'anmen-Jahrestag heizt Diskussion um Demokratiebewegung an

Am 4. Juni jährte sich zum 15. Mal der Tag des Massakers auf dem Tian'anmenplatz im Herzen Beijings. Westliche Medien nahmen den Jahrestag der militärischen Niederschlagung zum Anlass, eine ausführliche Debatte über politische Reformen in China zu führen. In der Volksrepublik unterband die parteistaatliche Führung jede Form des öffentlichen Gedenkens

an die studentische Protestbewegung von 1989.

Wie jedes Jahr erhöhte die Polizei im Vorfeld des Jahrestages ihr Aufgebot in Beijing und ließ die Passanten und Touristen auf dem Platz des Himmlischen Friedens zum Teil durch Zivilbeamte überwachen. Insgesamt sollen mindestens 16 Personen vor dem Tian'anmen festgenommen worden sein. Sie hatten anlässlich des 15. Jahrestages des offiziell als „Ereigniss vom 4. Juni“ (*liu si shiqing*) bezeichneten Vorfalles für die Toten der Studentenbewegung beten wollen. Das berichteten Anfang des Monats zahlreiche ausländische Medien. Ein Fotograf der Associated Press Agentur sei vorübergehend inhaftiert worden, weil er Bilder von den Festnahmen aufgenommen hatte. Mehrere Touristen seien von Beamten dazu aufgefordert worden, Fotos der Polizeieinsätze von ihren Digitalkameras zu löschen. In chinesischen Hotels und Wohnanlagen unterbrachen die Behörden die Verbindung zu ausländischen Fernsehsendern, die über das Massaker berichteten.

Bereits im Vorfeld des Jahrestages hatte die chinesische Zentralregierung ihre Mitarbeiter zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber „Anzeichen von Instabilität“ aufgerufen (C.a., 2004/5, Ü 16). Darüber hinaus war die Führungsspitze vermehrt auf die offizielle Position von Partei und Regierung zum Tian'anmen-Vorfall eingeschworen worden: Laut Berichten ausländischer Nachrichtenagenturen war allen Kadern vom Rang eines Abteilungsleiters auf Ministeriumsebene und darüber eine neue Dokumentation über die Protestbewegung gezeigt worden. Experten zufolge soll das vierstündige Band in erster Linie der jüngeren Führungsgeneration vermitteln, dass die militärische Niederschlagung der Proteste unerlässlich gewesen sei.

Kritiker aus dem In- und Ausland haben die Regierung in der Vergangenheit immer wieder zu einer Neubewertung der Protestbewegung aufgefordert. Zuletzt verlangten Ende Mai gut siebzig chinesische Intellektuelle in einem offenen Brief eine offizielle Untersuchung der Protestniederschlagung. In dem Brief heißt es: „Seit 15 Jahren hat sich die Mehrheit der Intellektuellen – inklusive einigen von uns – da-

zu entschieden, Zuschauer zu sein und das Thema '4. Juni' zum Schutz unserer eigenen Sicherheit zu vermeiden. Wir sind nicht länger willens, uns und unsere Kinder weiter in der Schande jenes Schweigens leben zu lassen, die uns von der Regierung aufgezwungen wird.“ Neben zahlreichen einflussreichen Auslandschinesen sollen 34 prominente Intellektuelle des Festlandes den Brief unterzeichnet haben.

Die chinesische Führung reagierte in den vergangenen Monaten zunehmend drakonisch auf Kritik von Dissidenten. Im März waren drei Aktivistinnen der „Tian'anmen-Mütter“ verhaftet worden, darunter die Wortführerin der Organisation Ding Zilin. Erst auf Grund internationalen Drucks wurden die drei Frauen im April aus der Haft entlassen (C.a., 2004/4, Ü 11). Der bekannte AIDS-Aktivist Hu Jia soll seit April mehrfach inhaftiert worden sein, weil er am Platz des Himmlischen Friedens einen Kranz in Gedenken an den ehemaligen Parteichef Hu Yaobang hatte niederlegen wollen. Der Tod des Reformers Hu war 1989 Auslöser für die Studentenproteste gewesen. Im Juni soll die Beijinger Polizei die Familie von Hu angewiesen haben, den Aktivisten für geisteskrank zu erklären und in eine gesicherte Anstalt einzuweisen. Der Menschenrechtsorganisation Human Rights In China zufolge sollen die Behörden damit gedroht haben, notfalls selber die nötigen Schritte für eine psychiatrische Behandlung einzuleiten, sollte die Familie der Aufforderung nicht nachkommen. Solche psychiatrischen Therapien seien ein bevorzugtes Mittel der chinesischen Führung, um Dissidenten zum Teil permanent aus der Öffentlichkeit zu entfernen, so die Organisation.

Für besonderes internationales Aufsehen sorgte Anfang Juni das Verschwinden des pensionierten Militärarztes Jiang Yanyong sowie seiner Frau Hua Zhongwei. Jiang hatte Ende Februar in einem offenen Brief die parteistaatliche Führung aufgefordert, die Bewegung vom 4. Juni nicht länger als politische Unruhe darzustellen, sondern als „patriotisch“ einzustufen. Im vergangenen Jahr war der angesehene Militärarzt in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit gerückt, als er die Vertuschung der SARS-Epidemie aufdeckte (C.a., 2004/3, Ü 7). Be-

amte sollen Jiang Yanyong und seine Frau am 1. Juni in Gewahrsam genommen haben, als sich das Ehepaar auf dem Weg zur amerikanischen Botschaft befand. Wie die BBC berichtet, ist Jangs Frau nach zweiwöchigem Hungerstreik am 15. Juni entlassen worden, dürfe jedoch nicht mit ausländischen Journalisten sprechen. Jiang werde von der Regierung solange in Haft behalten, bis er erfolgreich „belehrt“ worden sei.

In der jüngeren Vergangenheit hat die chinesische Führung mehrfach Ereignisse der Mao-Ära einer Neubewertung unterzogen – so etwa den „Großen Sprung Nach Vorne“ oder die „Große Proletarische Kulturrevolution“. Der 4. Juni, der in die Zeit der Reformperiode fällt, bleibt nach Meinung von Kommentatoren jedoch weiter ein sensibles Thema: Auf der einen Seite fürchte die parteistaatliche Spitze, dass eine Rehabilitierung der damaligen Dissidenten eine erneute Welle von Forderungen nach Demokratie und Pluralismus nach sich ziehen könnte. Dadurch könnte die faktische Einparteienherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas gefährdet werden. Auf der anderen Seite steht das Ansehen zahlreicher prominenter Funktionäre auf dem Spiel, die zur damaligen Zeit die Niederschlagung der Proteste gutgeheißen hatten. Eine Neubewertung könnte den früheren Premierminister Li Peng, der den Militäreinsatz befohlen hatte, stark belasten. Doch auch der immer noch parteipolitisch einflussreiche ehemalige Staatschef Jiang Zemin müsste sich rechtfertigen. Darüber hinaus müsste die Regierung erklären, warum der frühere Parteigeneralsekretär Zhao Ziyang 1989 wegen seiner Solidarität gegenüber den Demonstranten seines Amtes enthoben wurde und bis heute unter Hausarrest steht. Vor diesem Hintergrund gehen Beobachter davon aus, dass vor dem Tod aller bedeutenden Beteiligten nicht mit einer Neubewertung des Vorfalls zu rechnen ist.

Parallel zu der Diskussion um eine Neubewertung des 4. Juni fand in der internationalen Presse anlässlich des Jahrestags eine zum Teil hitzige Debatte über Chinas Reformkurs statt. Ein zentraler Vorwurf der Kommentatoren lautet, die Volksrepublik biete ihren rasanten ökonomischen

Fortschritt nicht in politische Reformen ein. In der *International Herald Tribune* fordert etwa der amerikanische Politikwissenschaftler Bruce Gilley, den internationalen Druck auf die Zentralregierung in China zu erhöhen und eine klare Verbesserung der Menschenrechte zum Kriterium wirtschaftlicher Kooperation mit der Volksrepublik zu machen. Andere Experten, wie der Ostasienkorrespondent Urs Schoettli von der *Neuen Zürcher Zeitung*, sind der Ansicht, dass Chinas ambitionierte Modernisierung langfristig politische Reformen unumgänglich machen werde. Tatsächlich sei das heutige China bereits weltoffener und kooperationsbereiter als je zuvor. Diese Chance, so die Argumentation, müsse von ausländischer Seite genutzt werden, um China behutsam auf seinem Weg zu einer freien Gesellschaft zu unterstützen. Druck sei hier fehl am Platz – vielmehr gelte es, der chinesischen Seite einen Gesichtsverlust zu ersparen.

Neben westlichen Akademikern meldeten sich auch zahlreiche chinesische Zeitzeugen aus dem Exil zu Wort. Das *Wall Street Journal* veröffentlichte im Juni eine ganze Serie von Briefen und Aufsätzen. Doch auch die Dissidenten von damals sind sich uneinig, welchen Weg das moderne China zukünftig beschreiten sollte. Einige ehemalige Anführer der Protestbewegung wie Wang Dan sehen für China nur eine Zukunft ohne die Kommunistische Partei: „Kommunistische Führer, ob konservativ oder reformistisch, sind darauf erpicht, das gegenwärtige politische System zu erhalten – inklusive all seiner Probleme wie Korruption und mangelnder Rechenschaftspflicht.“ Bao Tong, ein ehemals hochrangiges Regierungsmitglied, das bis 1996 für seine Opposition gegen den Militäreinsatz inhaftiert gewesen war, hält hingegen eine Modernisierung innerhalb von Partei und Regierung für den Schlüssel zum Erfolg. Die damalige Entscheidung zum Einsatz von Gewalt sei von Deng Xiaoping gegen eine überwältigende Mehrheit in Militär und Partei durchgesetzt worden, so Baos Vorwurf. Eine klare Gewaltenteilung in Chinas politischem System hätte das Drama von 1989 institutionell unmöglich gemacht.

Trotz aller Emotionalität im Ausland blieb die Diskussion um die Bedeu-

tung des 4. Juni in der Volksrepublik aus. Einige Beobachter sehen den Grund hierfür im Desinteresse der heutigen chinesischen Jugend. Solange der Wohlstand in China wachse, hätten junge Chinesen keinen Grund zur Kritik an der Partei, beklagt etwa die *Tageszeitung* (TAZ). Wer dennoch politisch interessiert sei, würde heute in Weltmachtphantasien schwelgen und eine starke Führung in Beijing befürworten. Entgegen der Tendenz zur wirtschaftlichen Öffnung stelle sich in China heute eine geistige Verhärtung ein, zitiert die TAZ einen Professor der Beijing-Universität. Wesentlich optimistischer bewertet die Chefredakteurin der chinesischsprachigen Ausgabe von Radio Free Asia, Jennifer Chou, das politische Bewusstsein in China. Zwar versuche die chinesische Führung mit ihrer Informationsperre das Gedenken an das Massaker aus der kollektiven Erinnerung der Nation zu löschen. Grundsätzlich würde sich Chinas Jugend gegenüber den Demonstrationen von 1989 solidarisch zeigen, wenn man ihnen die Wahrheit über die Vorfälle zugänglich machte, so Chous Erfahrung.

Schenkt man einer Umfrage des chinesischen Bildungsministeriums Glauben, so sind chinesische Jugendliche mit der parteistaatlichen Führung gegenwärtig zufrieden. Der Untersuchung zufolge hielt die große Mehrheit der gut 15.000 befragten Studenten die aktuelle Regierung für „volksnah, glaubwürdig und entschlossen“. Das berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua einen Tag vor dem 4. Juni. Auf den Jahrestag und seine Wahrnehmung in der Bevölkerung wird in dem Bericht nicht eingegangen. (FAZ, 12.5., 4., 5., 12.6.04; diepresse.com, 18.5.04; NZZ, 18., 24., 29.5., 1., 4., 5.6.04; IHT, 20., 21.5., 2., 3., 4., 5., 10.6.04; WSJ, 20., 31.5., 1., 2., 4., 9., 10.6.04; SCMP, 27.5., 1., 16.6.04; FT, 31.5., 3., 4.6.04; *New York Times*, 3., 4.6.04, nach IHT, 4.6.04; Reuters, 3.6.04; XNA, 3., 27.6.04; *Die Tageszeitung*, 4.6.04; HB, 4.6.04; RTHK, 4.6.04, nach BBC PF, 5.6.04; ST, 4., 11., 18.6.04; *Washington Post*, 4.6.04; *The Economist*, 5.6.04; SCMP, 11.6.04, nach BBC PF, 12.6.04; BBC online, 6.7.04) -fs-

11 Ehemaliger Guizhouer Parteisekretär zu lebenslanger Haft verurteilt

Berichten der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge verurteilte ein Beijinger Gericht am 29. Juni den ehemaligen Parteisekretär der Provinz Guizhou, Liu Fangren, wegen Korruption zu lebenslanger Haft. Liu wurde für schuldig befunden, zwischen 1993 und 2001 in 22 Fällen Bestechungsgelder angenommen zu haben. Die Summe belaufe sich umgerechnet auf über 800.000 US\$. Sowohl die Gelder als auch Lius Privatbesitz seien beschlagnahmt worden, so die Agentur.

Xinhua ging nicht auf die Gegenleistungen ein, die der ehemalige Funktionär für die Bestechungsgelder erbrachte. Das *Wall Street Journal* wies jedoch in einem Bericht darauf hin, dass Liu in seinem Amt erheblichen Einfluss sowohl auf Bauvorhaben als auch auf den Haushalt und die Personalpolitik der südchinesischen Provinz gehabt habe.

Als ehemaliger Spitzenfunktionär auf Provinzebene ist Liu Fangren eines der höchstrangigen Parteimitglieder, das in der anhaltenden Kampagne gegen Korruption verurteilt wurde. Zuletzt hatten chinesische Gerichte den Parteisekretär der Provinz Hebei, Cheng Weigao, der Bestechlichkeit für schuldig befunden. Der Vizegouverneur der Provinz Anhui war im Februar wegen Korruption hingerichtet worden (C.a., 2004/2, Ü 14).

Mit drakonischen Strafen versucht die chinesische Führung seit mehreren Jahren das Problem der Korruption von Kadern zu bekämpfen (C.a., 2003/5, Ü 16; 2003/8, Ü 9). Eine nationale Untersuchungsgruppe hat nun vorgeschlagen, alternative Methoden bei der Korruptionsbekämpfung zu verfolgen. Laut einer Xinhua-Meldung schlugen die Experten vor, ein nationales Konto für die Rückzahlung von Bestechungsgeldern einzurichten. Sollten Kader innerhalb einer bestimmten Frist erhaltene Bestechungen auf dieses Konto überweisen, würden sie straffrei ausgehen, so der Vorschlag. Außerdem empfahl die Gruppe, ein System zur Überwachung der Privatvermögen von Kadern zu etablieren. Auf diese Weise könnte Korruption an seiner Wurzel bekämpft werden. Bis-

lang gab es keine offizielle Stellungnahme zu den Vorschlägen. (XNA, 15., 17., 29.6.04; WSJ, 29.6.04) -fs-

12 Internet-Dissident Du Daobin verurteilt

Die Einstellung der chinesischen Führung gegenüber dem Medium Internet bleibt ambivalent. Das zeigte die jüngste Verurteilung des Cyber-Dissidenten Du Daobin Anfang Juni. Du wurde angeklagt, 26 Artikel mit „subversivem Gehalt“ im Internet publiziert zu haben. Nach Angabe der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua habe Du seine Schuld eingestanden. Er wurde zu vier Jahren Haft auf Bewährung verurteilt und für zwei Jahre seiner politischen Rechte entzogen, so die Agentur.

Beobachter gehen davon aus, dass das Gericht mit seinem verhältnismäßig milden Urteil auf die öffentliche Meinung in der Volksrepublik habe Rücksicht nehmen wollen. Im Februar hatten über hundert chinesische Intellektuelle eine Petition eingereicht und gefordert, dass Du Daobin freigelassen werde. Darüber hinaus war die Regierung aufgefordert worden, eine konkrete Definition des Vergehens „Subversion“ zu liefern. Für einige Kommentatoren ist Dus Bewährungsstrafe ein Zeichen dafür, dass die parteistaatliche Führung in ihrem Umgang mit Internet-Dissidenten nachsichtiger wird.

Die Zeitung *Wall Street Journal* warnte indes davor, die Toleranz gegenüber Du Daobin zu positiv zu bewerten. Tatsächlich würden Untersuchungen von Amnesty International ergeben, dass die Zahl der Anklagen wegen Internetmissbrauchs im Jahr 2003 um 60% gestiegen sei. Mit gezielten staatlichen Berichten von Nachsicht gegenüber ausgewählten Internet-Dissidenten wolle die chinesische Führung lediglich darüber hinwegtäuschen, dass sie ihre Kontrolle über Presse- und Meinungsfreiheit weiter ausbaue, so das Blatt. Dabei ginge die Regierung äußerst subtil vor: Die Kombination aus erhöhter Überwachung und vagen Kriterien für Internetverbrechen sorge in der Bevölkerung für Sorge, sich des Missbrauchs schuldig zu machen. Dies sei eine sehr viel effektivere Waffe als strenge Strafen.

Mehrere Berichte der staatlichen Medien scheinen die Warnung des *Wall Street Journals* zu bestätigen. Die Informationsabteilung des Staatsrates richtete beispielsweise eine spezielle Internetseite unter der Adresse net.china.cn ein. Die Seite soll es Nutzern ermöglichen, „illegale und ungesunde Online-Informationen“ zu melden. In den ersten vier Tagen nach Inbetriebnahme sollen 1.344 Beschwerden und Hinweise eingegangen sein (für eine Darstellung der neuesten Maßnahmen zum Schutz der Jugend in den Medien siehe auch die Übersicht „Chinesische Führung versucht die Medien zu 'reinigen'“ in diesem Heft).

Meldungen über die zunehmende Internetkontrolle der Regierung hatten in der Vergangenheit mehrfach für Kritik aus dem Ausland gesorgt (C.a., 2002/11, Ü 21; 2004/3, Ü 11; 2004/4, Ü 16). Ob die Regierung mit ihren Maßnahmen jedoch langfristig den rapide wachsenden Informationsfluss der neuen Medien zu kanalisieren vermag, bleibt anzuzweifeln. China verzeichnete zuletzt 80 Millionen Internetnutzer, Tendenz steigend. (XNA, 1., 7., 10., 11., 14.6.04; BBC online, 11.6.04; SCMP, 11.6.04; SCMP, 12.6.04, nach BBC PF, 13., 18.6.04; WSJ, 15., 20., 29.6.04; Kyodo News Service, 18.6.04, nach BBC PF, 19.6.04; IHT, 21.6.04) -fs-

13 Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung verschärft

Ende Juni leitete die chinesische Regierung zahlreiche Maßnahmen und Übungen zur Terrorismusbekämpfung ein. Staatlichen Medien zufolge soll das Maritime Sicherheitsbüro am 23. Juni erstmals eine größere Hochseeübung durchgeführt haben. In Kooperation mit der China Ocean Shipping Company (COSCO) simulierten Sicherheitskräfte einen Selbstmordanschlag auf einen Öltanker. Ziel der Übung war nach Angaben des Leiters Liu Gongchen, die Fähigkeiten Chinas bei der Sicherung des Seeverkehrs zu testen. Das Manöver fand eine Woche vor In-Kraft-Treten neuer internationaler Richtlinien für Hochseesicherheit statt, welche die International Maritime Organisation (IMO) im vergangenen Jahr beschlossen hatte.

Neben den Anti-Terror-Übungen auf hoher See führten chinesische Sicherheitskräfte Manöver in zahlreichen Häfen der Volksrepublik durch, unter anderem in Shanghai und Shenzhen. Dem *Wall Street Journal* zufolge simulierten die Hafenbehörden Geiselnahmen sowie Bombenentschärfungen auf Containerschiffen. Containerfrachter würden von chinesischer Seite im Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen als äußerst gefährdet eingestuft, so die Zeitung. Sicherheitsvorkehrungen in Einklang mit internationalen Abkommen sollen den Ernstfall nun schon im Vorfeld verhindern: Alle Frachter sind verpflichtet, einen Sicherheitsbeamten an Bord zu beschäftigen. Klare Identifikationszeichen sowie ein Alarmsystem mit stillem Auslöser sind ebenfalls Vorschrift. Zielhäfen müssen bereits 96 Stunden vor dem Einlaufen über Mannschaft, Passagiere, Ladung und Herkunft des jeweiligen Schiffes informiert werden.

Auch zu Lande haben chinesische Sicherheitsbehörden ihre Präsenz ausgebaut. Die „Bewaffnete Volkspolizei“, eine 1983 gegründete Mischorganisation aus Militär und Polizei, habe ein landesweites Anti-Terror-Netzwerk aufgebaut, erklärte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua Anfang Juni. Die Sicherheitskräfte hätten spezielle Anti-Terror-Einheiten ins Leben gerufen, die auf Provinz-, Stadt- und Bezirksebene arbeiteten. Wie die Nachrichtenagentur berichtete, seien die Einheiten in Beijing und anderen großen Metropolen darauf trainiert, im Notfall auf landesweite Bedrohungen zu reagieren.

Die chinesische Regierung hatte sich in Folge der Anschläge vom 11. September in den USA dem internationalen Kampf gegen Terrorismus angeschlossen (C.a., 2001/11, Ü 3). In den vergangenen Jahren waren Anti-Terror-Maßnahmen stets gegen separatistische, ethnische oder religiöse Gruppierungen im Inland gerichtet gewesen (C.a., 2003/9, Ü 11; 2003/12, Ü 11). Es ist allerdings davon auszugehen, dass die aktuellen Übungen eine neue internationale Qualität besitzen: Am 10. Juni waren elf Chinesen bei Bauarbeiten im Norden Afghanistans von Terroristen erschossen worden (siehe auch die Übersicht „Elf Chinesen bei Terroranschlag in Afganistan getötet“ in diesem Heft). Präsident Hu Jintao

erklärte am folgenden Tag, die Volksrepublik werde ihr Engagement in der Region trotz des Angriffes fortsetzen. (XNA, 5., 12., 15., 23., 26.6.04; WSJ, 29.6.04) -fs-

14 Hartes Vorgehen gegen Drogenhandel

Anlässlich des 17. internationalen Tages gegen Rauschgiftmissbrauch und illegalen Handel am 26. Juni verstärkte die chinesische Regierung ihre Aktivitäten im Kampf gegen Drogen. Laut Xinhua organisierte das Beijinger Komitee für Drogenkontrolle in Zusammenarbeit mit Ämtern in Hebei, Henan, Hubei, Hunan und Guangdong einen „langen Anti-Drogen-Marsch“. Vom 3. bis 26. Juni reisten 40 freiwillige Helfer durch die fünf chinesischen Provinzen sowie die Hauptstadt, um das Bewusstsein der Bevölkerung gegenüber Suchtmittelmissbrauch zu verbessern.

Wie die Nachrichtenagentur berichtete, ermutigten zahlreiche hochrangige Kader die Bevölkerung im Vorfeld des Anti-Drogen-Tages dazu, eine „drogenfreie Umwelt“ zu schaffen. So besuchte beispielsweise Premierminister Wen Jiabao Mitte des Monats ein staatliches Rehabilitationszentrum. In einer Rede wies Wen darauf hin, dass China auf Grund seiner Erfahrungen während der Opiumkriege eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Suchtmittel trage. Er forderte eine umfassende nationale Bildungskampagne zum Thema Drogen und drohte den Händlern von Rauschmitteln harte Strafen an.

Die staatlichen Medien veröffentlichten im Juni zahlreiche Erfolgsmeldungen im Drogenkampf. Einem Funktionär des Ministeriums für öffentliche Sicherheit zufolge zahlt sich die chinesische Politik des „harten Zuschlagens“ allmählich aus. Die Kampagne war Anfang April dieses Jahres zum wiederholten Mal gestartet worden und soll bis September fortgeführt werden. Das Ministerium gab an, dass seit Mai über 400 Drogenkartelle zerschlagen und gut 7.650 Fälle von Drogenkriminalität aufgedeckt worden seien. Fast 2.000 Kilo illegaler Suchtmittel, darunter fast 600.000 Pillen Ecstasy und 13.000 Tabletten der Droge „Ice“, sowie umgerechnet 4,7

Mio. US\$ an Drogengeldern seien in diesem Zeitraum beschlagnahmt worden. Insgesamt arbeiteten gegenwärtig etwa 17.000 Polizeibeamte an den landesweiten Drogenermittlungen. Gegen Drogenschmuggler ging die Regierung im Juni hart vor. Mehrere Dutzend Kriminelle seien nach Angaben der staatlichen Presse für ihre Verbrechen exekutiert worden. Alleine am Anti-Drogen-Tag ließ die Regierung 17 Schmuggler hinrichten.

Wie Xinhua schreibt, hätten die chinesischen Behörden gegenwärtig eine Million Drogensüchtiger registriert. Aus den offiziellen Angaben geht jedoch nicht hervor, ob es sich bei dieser Zahl um aktuelle Abhängigkeit oder lediglich um Registrierungen der vergangenen Jahrzehnte handelt. Insgesamt könnte die Zahl angesichts des enormen Drogenumschlags in China höher liegen. China setzt der Drogensucht landesweit 583 staatliche Rehabilitationszentren entgegen. Der Nachrichtenagentur Xinhua zufolge entspricht dies 116.054 Betten. Ob dieses Kontingent auch hinsichtlich des wachsenden HIV-Problems ausreicht (vergleiche dazu den ausführlichen Beitrag im hinteren Teil dieses Heftes), ist anzuzweifeln. (XNA, 3., 14., 17., 18., 19., 20., 21., 24., 22., 25., 26., 27.6.04; Xinhua, 17., 21.6.04, nach BBC PF, 20., 23.6.04) -fs-

15 Umweltorganisationen vereinen Kräfte für Wasserschutz

In einer beispiellosen Aktion haben sich grüne Nichtregierungsorganisationen (NRO) zusammengeschlossen, um einen der letzten wilden Flüsse Chinas vor der Eindämmung zu bewahren. Das berichtete im Juni die Zeitung *South China Morning Post*. Die Umweltorganisationen waren im vergangenen Jahr von Funktionären des staatlichen Umweltschutzamtes über die Baupläne am Fluss Nu (Nujiang) in der Provinz Yunnan informiert worden. In der Folge hatten sich die Gruppen für eine Revision des Vorhabens eingesetzt. Das Engagement der Aktivisten scheint sich nun auszuzahlen: Premierminister Wen Jiabao befahl eine Neubewertung des Dammprojektes in der südchinesischen Provinz. Beobachter sehen dies als Zeichen für den

wachsenden Einfluss der grünen Bewegung in China. Die Kampagne sei ein „Meilenstein für Chinas Aktivistengruppen“, zitiert das Blatt einen Professor der Qinghua-Universität.

Umweltorganisationen seien allgemein auf dem Vormarsch in der Volksrepublik, berichtet die *South China Morning Post*. Bislang seien die Aktivisten jedoch unkoordiniert vorgegangen. Außerdem hätten sich Umwelt-NRO in der Vergangenheit vorrangig auf Bildungsmaßnahmen konzentriert. Politisch brisante Themen seien zumeist vermieden worden. Dies habe sich mit der Kampagne am Nujiang geändert: „Früher haben wir Bäume gepflanzt und Recycling gefördert. Doch nun haben wir uns vereinigt, um unserer Stimme Gehör zu verschaffen wie nie zuvor“, erklärte eine Aktivistin der Beijinger Gruppe Green Earth Volunteers.

Inzwischen ist allerdings auch Kritik an der Arbeit der grünen Gruppierung aufgekommen. Unterstützer der NRO bemängelten die fachliche Unkenntnis vieler Aktivisten. Viele Befürworter der Umweltkampagne sind der Meinung, die Vorgehensweise der Organisationen sei zu sehr auf Konfrontation ausgelegt. Oft endeten Besprechungen in emotionalen Auseinandersetzungen. Ein Umweltberater erklärte, die meisten Aktivisten würden auf die neue volksnahe Innenpolitik der chinesischen Führung um Wen Jiabao und Hu Jintao setzen. Im Falle des Nujiang hofften sie beispielsweise darauf, dass die Staatsführung einlenke. Das Engagement der Umweltschützer bliebe bislang jedoch unprofessionell. Sinnvoller wäre es, den geordneten Weg der Gesetze und Vorschriften zu gehen, so die Meinung des Kommentators.

Die Strategie der NRO könnte dennoch aufgehen. Die Regierung hat in jüngster Zeit vermehrt Entschlossenheit im Umweltschutz gezeigt. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Schutzes von Wasserressourcen. Die nachhaltige Wassernutzung ist in den vergangenen Jahren zu einer zentralen Herausforderung in der Volksrepublik geworden (C.a., 2003/1, Ü 19). Im Jahr 2002 hatte die Regierung eine Revision des Gesetzes zur Wasserversorgung vorgenommen (C.a., 2002/10, Ü 15). Anfang Juli dieses Jahres entließ

die Regierung mehrere Funktionäre aus Chengdu (Provinz Sichuan), deren mangelnder umweltpolitischer Einsatz schwerwiegende Verschmutzungen eines Zubringerflusses des Yangzi zur Folge gehabt hatte. In diesem Zusammenhang stimmt die nun angeordnete Untersuchung in Yunnan in zweierlei Hinsicht optimistisch: Zum einen lässt sich die Entwicklung als Zeichen eines wachsenden Umweltbewusstseins der chinesischen Führung werten. Zum anderen könnte sie ein positives Signal für umweltpolitisch aktive Teile einer entstehenden chinesischen Zivilgesellschaft darstellen. (SCMP, 17.6.04; *The Economist*, 19.6.04; RMRB, 27.6.04, nach BBC PF, 30.6.04; XNA, 5.7.04) -fs-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Berufliche Bildung soll den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepasst werden

Während Hochschulabsolventen Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden (s. nächste Übersicht in diesem Heft), sind die Absolventen von technischen Berufsschulen eine heiß begehrte „Ware“, auf die die Firmen „Scharfschützen“ ansetzen, wie ein Bericht der *Guangmin Ribao* über die Lage im Yangzi-Delta verdeutlicht (GMRB, 8.6.04). Danach konnten im letzten Jahr nur 60% der Hochschulabsolventen, aber über 95% der Absolventen von Berufsschulen eine Anstellung finden, was nicht nur zu erhöhter Konkurrenz um diese Fachkräfte und zu Arbeitsvertragsabschlüssen bereits vor dem Examen, sondern auch zu Lohnangeboten führte, die über denen für Hochschulabsolventen lagen. So konnten Absolventen der Nanjinger Jiaotong Technischen Hochschule in einem gewöhnlichen Fahrzeugreparatur-Betrieb 1.500 Yuan Monatsgehalt erzielen, in einem Unternehmen mit ausländischer Beteiligung sogar 3.000 Yuan. An Beispielen aus Nanjing, Suzhou, Wuxi und Hangzhou macht der Bericht deutlich, dass die Nachfrage das Angebot bei weitem übersteigt.

In Nanjing soll der Bedarf an höher qualifiziertem technischem Personal bei über 100.000 Personen liegen, aber nur gut 10.000 können tatsächlich ausgebildet werden. Von derzeit 562.000 Technikern sind nur 7% qualifiziert (*gaoji jigong*) und nur 1% qualifizierte Fachkräfte (*jishi*); hoch qualifizierte technische Fachkräfte (*gaoji jishi*) sind dementsprechend so selten „wie Phönixfedern oder Einhornhörner“, mit nur 99 Personen, zu denen auch bereits pensionierte gerechnet sind, erreichen sie einen Anteil von nicht einmal 1/10.000. Für Shanghai sind die Zahlen noch niedriger, hier liegt der Anteil der Qualifizierten am technischen Personal nur bei 6,2%, in entwickelten Ländern soll er bei 30-40% liegen. Im ersten Quartal dieses Jahres überstieg die Nachfrage nach diesen qualifizierten Technikern das Angebot um das 12fache, bei qualifizierten Fachkräften lag es sogar 20 Mal höher. Unternehmen sollen aufgrund dieser Notlage bereits damit begonnen haben, Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Der Bericht nennt Beispiele, bei denen Techniker aus Italien, Japan und Indien beschäftigt werden.

Dabei ist das Ausbildungspotenzial gemessen an den Schulen sogar ziemlich hoch, aber es fehlt an Schülern. Während die Pläne für die Aufnahme von Schülern in der Zeit des 9. Fünfjahresplans (1996-2000) für Hochschulen und Obere Mittelschulen um 150% bzw. 140% übererfüllt werden konnten, konnten die Fachschulen (*zhongzhuan*) und die Oberen Berufsmittelschulen (*zhiye gaozhong*) ihre Ausbildungsplätze nur zu 80% füllen. Auch die offizielle Statistik zeigt einen Rückgang der Schüler und Absolventen ab 1997, wobei im Jahr 2002 die Zahl der Neuanfänger deutlich gestiegen ist. Als Gründe für die Unterauslastung der Berufsschulen werden an erster Stelle die auch weiterhin gesellschaftlich verbreitete Geringschätzung körperlicher und praktischer Arbeit genannt, sodann aber auch Versäumnisse der Unternehmen, die in der Regel davon ausgehen, fertige Fachkräfte von den Schulen zu bekommen, und nicht selbst die Ausbildungsanstrengungen forcieren.